

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
184 · Ausgabe BL·BS · September 2019



Auch in der Nordwestschweiz sind Massnahmen gegen den Klimawandel dringend nötig: Verdorrte Bäume im Hardwald.

In beiden Basel macht die SP vorwärts mit dem Klima-Marshallplan

**DIE SP SETZT SICH IN BEIDEN KANTONSPARLAMENTEN FÜR KONKRETE LÖSUNGEN EIN. PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER TAUSCHEN SICH ÜBER DIE KANTONS-
GRENZEN HINWEG ZU STRATEGIEN UND MÖGLICHEN MASSNAHMEN AUS.**

Mit dem Klima-Marshallplan schlägt die SP Schweiz mögliche Massnahmen zur Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden vor. Gross- und Landrät*innen der SP haben in einer bikantonalen Arbeitsgruppe Strategien und Forderungen für die kantonale Politik diskutiert. Unser Ziel ist es, konkrete Lösungswege aufzuzeigen. Denn wir sind uns alle einig: Es braucht rasch griffige und kompromisslose Massnahmen, um den CO₂-Ausstoss auch bei uns zu reduzieren.

In Basel-Stadt haben Anliegen für den Klimaschutz im Parlament zurzeit gute Chancen. Gemeinsam mit der rot-grünen Regierungsmehrheit ist der Stadtkanton in einem etwas forscheren Tempo unterwegs als das Baselbiet, wo immer noch der politische Kompromiss gesucht werden muss.

Baselland: Netto Null bis 2030

Nichtsdestotrotz stellt die SP im Baselbieter Landrat klare Forderungen. Mit einer Motion fordern wir, dass «Netto Null bis 2030» als Klimaziel ins Energiegesetz geschrie-



Jean-Luc Perret, Grossrat



Thomas Noack, Landrat

ben wird. Gleichzeitig verlangen wir weitere Massnahmen: Ein/e Klimadelegierte/r soll sich verantwortlich um den Klimaschutz kümmern. Eine Task Force aus externen Fachpersonen soll ihn/sie dabei begleiten.

Als zweite wichtige Massnahme soll im Dekret zum Energiegesetz ein Verbot fossiler Heizungen verankert werden (in Basel-Stadt bereits Tatsache). Zudem soll der für Fördermassnahmen bereitgestellte Kredit deutlich erweitert werden. Diese Vorlage wird derzeit in der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrats beraten.

Basel-Stadt: Klimanotstand

Der Kanton Basel-Stadt hat als erster Schweizer Kanton den Klimanotstand ausgerufen. In einem WWF-Ranking der Energiegesetze erreichte Basel-Stadt als einziger Schweizer Kanton das – allerdings auch nur zweitbeste – Level: «engagiert». Der deutliche Rückgang beim Einbau neuer Gas- und Ölheizungen in den letzten Jahren

zeigt, dass die Weichen richtig gestellt wurden.

Mit einem «Klimapäckli» haben wir im Grossen Rat bereits im Frühling mehrere Vorstösse eingereicht. Weiter verfolgt werden zum Beispiel die gesetzliche Verankerung des Pariser Abkommens oder auch der Verzicht auf Kurzstreckenflüge für Staatsangestellte.

Kantonsübergreifend: CO₂-Reduktion bei Brenn- und Treibstoffen

Mit einer etwas längeren Perspektive treibt die SP den raschen und vollständigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen vorwärts. Neben den Ölheizungen steht hier vor allem die Erdgasversorgung in Basel und den umliegenden Gemeinden im Baselbiet im Zentrum der Überlegungen.

Weiteres Potenzial zur CO₂-Reduktion sehen wir im Bereich der Mobilität. Wir fordern eine Anpassung der Verkehrspolitik. Ab 2050 soll in der Region nur noch umweltfreundlicher Verkehr unterwegs sein. Zudem soll kurzfristig eine zusätzliche Besteuerung des CO₂-Ausstosses von Motorfahrzeugen die schädlichen Auswirkungen der Mobilität auf das Klima reduzieren.

Baselbieter Ideensprint mit Eric Nussbaumer



Yasmine Perrinjaquet,
Campaignerin

Die Baselbieter Ideensprints sind zu einem Markenzeichen geworden. Zum Markenzeichen von Eric Nussbaumer, der bei diesen Anlässen auf Bekannte, FreundInnen und NachbarInnen von Menschen trifft, die ihn in seinem Wahlkampf für den Ständeratssitz unterstützen. Eine bunt durchmischte Gruppe von Menschen soll Ideen sammeln, bündeln und konkretisieren. Und damit Inputs generieren, die Eric in den Ständerat mitnehmen kann.

SITZ IM KANTONGERICHTS-PRÄSIDIUM

Auf März 2020 tritt Kantonsrichterin Eva Meuli als Präsidentin der Abteilung Sozialversicherungsrecht zurück. Für ihre Nachfolge im Kantonsgerichtspräsidium (Pensum 60 %) kann die SP-Landratsfraktion zuhänden des Landrats den Nominationsvorschlag einbringen. Wer über die notwendige juristische Ausbildung verfügt und Erfahrung im Sozialversicherungsrecht hat, kann sein oder ihr Interesse bis zum 10. Oktober bei der Fraktionspräsidentin Miriam Locher (miriam-locher@bluewin.ch) anmelden.

Der Sprint bei Gastgeber Karl Kirschbaum, einem Nachbarn von Eric, beginnt gegen 19.30 Uhr im Garten in einem Festzelt. Thema ist die Rolle der Schweiz innerhalb der Weltpolitik. Ein vielschichtiges und anspruchsvolles Thema, das es in knapp 15 Minuten bestmöglich herunterzubrechen gilt, damit anschliessend die Gruppe während einer guten Stunde diskutieren und Ideen sammeln kann. In seinem Input betont Eric den Unterschied zwischen Weltpolitik und Welthandel bzw. zwischen Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik. Ersteres sei Sache des Bundes und diene der Erhaltung des Friedens und der Lebensgrundlagen der Schweiz. Die Aussenwirtschaftspolitik hingegen bedient die Interessen der Schweiz als offener Volkswirtschaft. Oft geht es dabei um Interessen, die nicht mit den Anliegen der Bevölkerung oder dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung einhergehen. Eric spricht von der seit Jahren bestehenden Herausforderung der europäischen Gemeinschaft, über die Angleichung wirtschaftlicher Interessen hinaus gemeinsame Werte zu schaffen. Über die Schweiz als Globali-

sierungsgewinnerin und unseren problematischen Umgang mit den Verlierern. Dies führt zur Thematik der unternehmerischen Verantwortung und der humanitären Hilfe der Schweiz, für die weniger Gelder gesprochen wird, als nötig wäre.

Nach diesem sehr informativen Input greifen die zahlreichen Gäste ins Gespräch ein. Schnell zeichnet sich ein Hauptinteresse der Gruppe ab: Die Frage, inwiefern die Schweiz ihre internationale Verantwortung wahrnimmt. Die Diskussion ist breit und intensiv. Sie reicht von der Konzernverantwortungsinitiative über Einschränkungen des Waffenexports bis hin zur Klima- und Migrationspolitik und führt zu folgenden Erkenntnissen: Die Debatte über die Verantwortung der Schweiz in der Welt muss immer wieder geführt werden, insbesondere im Rahmen der Schulbildung. Dass Handlungsbedarf besteht, ist für alle TeilnehmerInnen unbestritten. Um politisches Handeln zu ermöglichen, bedarf es aber vor allem neuer Mehrheiten in Bundesbern. Es braucht den Linksrutsch am 20. Oktober!



AGENDA SP BL

- Bis 18. Oktober 2019, Montag bis Donnerstag abends, Samstag tagsüber
Telefonmobilisierung!
Telefonaktionen in Liestal und an diversen weiteren Standorten
- Dienstag, 1. Oktober, 19.30 Uhr
Sessionsbericht aus Bern mit Eric Nussbaumer, Samira Marti und Claude Janiak
Aula Donnerbaum, Muttenz
- Mittwoch, 2. Oktober, 18.15 Uhr
Ständerats-Podium beider Basel
Universität Basel, Aula
- Sonntag, 20. Oktober 2019
Wahlsonntag
Liste 2 in den Nationalrat, Eric Nussbaumer in den Ständerat!
- Sonntag, 20. Oktober 2019, ab 16.30 Uhr
Wahlfest
Pfarrei Dreikönig, Mühlemattstrasse 5, Füllinsdorf
- Dienstag, 22. Oktober, 20 Uhr
Delegiertenversammlung SP Baselland
Aula Kilchmatt, Birsfelden

Am Schluss zählt die Mobilisierung

Jetzt gilt es ernst. Vor den Sommerferien führten wir zahlreiche Gespräche an Haustüren im ganzen Kanton. Es hat sich gezeigt: Sehr viele Menschen in Basel-Stadt wollen, dass mehr Basel nach Bern getragen wird – eine soziale und weltoffene Politik. Sie wollen in Bern von Personen vertreten werden, die sich für sie einsetzen.

Wir von der SP Basel-Stadt haben samt und sonders geeignete Kandidierende, um diese Aufgabe zu erfüllen. Das stimmt optimistisch! Unsere Ziele sind also klar:

- Drei linke Sitze für den Nationalrat sind nötig, um für Basel-Stadt ohne SVP in den Nationalrat einzuziehen.
- Der Ständeratssitz bleibt in SP-Hand #klareSacheEva
- Tanja Soland gehört in die Regierung. Ohne rot-grüne Mehrheit wird Baschi

Dürr Finanzdirektor und die Räder werden nach über zehn Jahren Fortschritt zurückgedreht.

Wir werden diese Ziele aber nur erreichen, wenn die Menschen auch wirklich an die Urne gehen. Knapp 50 % der Stimmberechtigten nehmen jeweils nicht an Wahlen teil. Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir unser Umfeld daran erinnern, wählen zu gehen.

In diesen letzten Wochen geht es nicht mehr um inhaltliche Auseinandersetzungen, sondern um die Mobilisierung. Dazu müssen wir möglichst viele Menschen in Basel-Stadt erreichen. Jeder und jede von uns kennt Menschen, die in unserem Kanton stimmberechtigt sind und im Herbst vergessen könnten zu wählen. Mit einem sehr einfachen Mittel kannst du einen entschei-

denden Beitrag zum Erfolg dieser Kampagne leisten. Rufe deine Bekannten oder auch fremde Menschen an und erinnere sie ans Wählen.

Melde dich dazu jetzt bei Benjamin Plüss (benjamin.pluess@sp-bs.ch), Mike Bieri (mike.bieri@sp-bs.ch) oder Federica Salvatico (federica.salvatico@sp-bs.ch) für eine Telefonaktion an.

- Ab dem 24. September von Montag bis Donnerstag jeweils von 16.30 Uhr bis 20.30 Uhr im Gewerkschaftshaus
- An den folgenden Samstagen von 10–18 Uhr: 28. September, 5. oder 12. Oktober

*Liebe Grüsse und danke für deine Hilfe!
Dariyusch Pour Mohsen
Parteisekretär SP Basel-Stadt*



AGENDA SP BS

- Sonntag, 20. Oktober 2019, 12 Uhr
Wahlsonntag
Verkündung der Zwischenresultate in der Messe, anschliessend Wahlfest im Klara, Clarastrasse 13
- Dienstag, 22. Oktober 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionssaal



GROSSER RAT

SP erfolgreich für mehr Sensibilisierung gegen Racial Profiling

Es ist erfreulich, dass die Kantonspolizei auf mehrere Forderungen des Vorstosses der SP-Fraktion eingeht und ihre Sensibilisierungsmassnahmen gegen Racial Profiling verstärken will. Wir werden kritisch verfolgen, ob die angekündigten Massnahmen die gewünschte Wirkung zeigen.

Racial Profiling als Problem anerkannt

Noch vor zwei Jahren konnte man von Seiten der Verwaltung in der BZ lesen, dass Racial Profiling in Basel kein Problem sei. Mittlerweile hat die Regierung anerkannt, dass diskriminierende Personenkontrollen durch die Kantonspolizei nicht ausgeschlossen werden können. Das ist

ein wichtiger erster Schritt in der Bekämpfung dieser rechtswidrigen und unethischen Praxis, die für die kontrollierten Personen erniedrigend und für die Polizeiarbeit eine Beeinträchtigung ist.

Interne Sensibilisierung und externe Analyse

Die Kantonspolizei will dem Basler Polizeikorps künftig in Selbsterfahrungstrainings aufzeigen, wie sich Diskriminierung anfühlt. Damit reagiert sie auf die Forderung aus unserem Anzug nach Sensibilisierung durch Weiterbildung von Mitarbeitenden der Polizei. Positiv hervorzuheben ist auch, dass Racial Profiling sowohl in der Grundausbildung als auch in obligatorischen Kader-Wei-



Tanja Soland, Grossrätin und Regierungsratskandidatin



Pedro Schön, Praktikant Parteisekretariat

terbildungen stärker thematisiert werden soll. Das angekündigte Forschungspraktikum der Universität Basel, welches die Problematik erforschen wird, muss sich auf eine langfristige Untersuchung von Dienst-anweisungen, Führungsstilen und Personenkontrollen beziehen, um eine stichhaltige Analyse liefern zu können. Hier ist die kooperative Mitarbeit der Kantonspolizei gefragt.

Richtige Lösungsansätze

Der Regierungsrat schlägt nach Ansicht der SP-Fraktion richtige Lösungsansätze vor, um die Problematik des Racial Profiling anzugehen. Daher sind wir auch einverstanden, auf die Einführung eines Quittingssystems zu verzichten. Nicht der Einzelfall, sondern strukturelle Probleme innerhalb der Institution Polizei werden in den Fokus gerückt. Wir werden im Auge behalten, ob die Umsetzung der angekündigten Massnahmen Wirkung zeigt. Denn für institutionellen Rassismus darf es gerade in einem Kanton wie Basel-Stadt, der sich gerne weltoffen gibt, keinen Platz geben.

LANDRAT

Ein lohnrelevantes MAG muss praxistauglich sein!

Die Mehrheit des Landrates hat entschieden, dass für die Kantonsangestellten vom bewährten und transparenten Lohnsystem mit klar definierten Lohnklassen und -stufen abgewichen wird. Ab 2022 wird es sogenannte Lohnbänder geben, und die Mitarbeitendengespräche (MAG) werden lohnrelevant. Unverständlich ist dieser Systemwechsel auch, weil es heute bereits Instrumente wie Anerkennungsprämien oder beschleunigte bzw. gestoppte Stufenanstiege gibt, mit denen auf die individuelle Leistung reagiert werden kann.

Wie der Wechsel realisiert werden soll, ist unklar. Niemand weiss, wie die im Personalgesetz festgeschriebene Lohngleichheit umgesetzt oder



Désirée Jaun, Landrätin, Mitglied Personalkommission



Sandra Strüby-Schaub, Landrätin, Personalkommission bis Juni 2019

wie die drohende Bestrafung für längere Absenzen oder kleine Teilzeitpensen verhindert werden sollen. Ebenso ist unklar, wie der leistungsrelevante Lohn in allen Berufsfeldern fair angewendet werden kann.

Das MAG ist zentral in der Personalführung. Der offene Austausch zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten ist enorm wertvoll, schafft Vertrauen und trägt zur Zufriedenheits- und Leistungssteigerung bei. Wenn diese Gespräche neu direkten Einfluss auf den Lohn haben, kann dies das Vertrauensverhältnis stören. Aus Angst vor einer Lohnsenkung werden Probleme nicht mehr angesprochen, was sich negativ auswirken wird. Für Vorgesetzte mit einer grossen Führungsspanne wird

es zudem schwierig sein, die Mitarbeitenden qualitativ genügend gut beurteilen zu können, weil der Einblick in die tägliche Arbeit fehlt. Besonders gut veranschaulicht dies das Beispiel der Lehrpersonen: Schulleitungen stehen zwar in engem Kontakt mit ihnen, doch sie haben nicht die Ressourcen, all die verschiedenen Unterrichtsstunden zu besuchen. So könnte also bloss ein sehr kleiner Teil der Arbeit wirklich beurteilt werden. Auch Mitarbeitende im betrieblichen Bereich einer Schule können nicht täglich begleitet werden.

Um nicht massiv Ressourcen in einen unsinnigen Systemwechsel zu investieren, unterstützen wir eine Motion (u.a. von Miriam Locher), die fordert, dass das lohnrelevante MAG nur dort eingeführt wird, wo sichergestellt werden kann, dass die Führungsspanne einer vorgesetzten Person das Verhältnis von 1:10 nicht wesentlich übersteigt, und wo eine Beurteilung der Kern-Tätigkeiten fair und rechtssicher möglich ist.